

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Freunde,

gerne nutze ich die Gelegenheit und kommentiere aus Sicht der MIT und natürlich aus meiner persönlichen Einschätzung das vor uns liegende Grundsatzprogramm. Sie werden mir nachsehen, dass ich nicht auf alle Bereiche in der Kürze der Zeit eingehen kann. Und so möchte ich mich auf einige wenige Kernpunkte beschränken.

Das Menschenbild und die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft

Das im Grundsatzprogramm gezeichnete Menschenbild, geprägt von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, das Selbstverständnis des Staates und das klare Bekenntnis zur Subsidiarität sind wesentliche Unterscheidungsmerkmale zwischen der CDU und anderen Parteien.

Der freiheitliche Staat wird beschrieben und gefordert, nicht der vorsorgende Staat der SPD.

Die Menschen selbst wissen am besten, was gut für sie ist und nicht ein Staat.

Aus Sicht der MIT sind diese grundlegenden Feststellungen essentiell für das Funktionieren unserer Gesellschaft.

Die CDU vertraut auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Aufgabe der Politik ist es, die Eigenverantwortung der Bürger zu fördern und, wo immer es geht, Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten.

Es wird ein positives Bild gezeichnet, indem Chancen des Einzelnen herausgestellt werden und hieraus die Notwendigkeit eines freiheitlichen, sozialverantwortlichen Unternehmertums entwickelt wird.

Erstmalig wird das Unternehmertum als tragende Säule der Gesellschaft in einem Grundsatzprogramm gewürdigt.

Man bekennt sich zur Wichtigkeit des freien Marktes, begreift die Globalisierung als Herausforderung und nicht als Bedrohung. Man zeichnet ein positives Unternehmerbild und stellt unter dem Motto „Fordern und Fördern“, die Leistungsbereitschaft des Individuums, wenn auch ziemlich spät, heraus.

Aber man findet natürlich auch den Ausgleich zwischen wirtschaftlichen Streben nach Gewinn und sozialer Gerechtigkeit. Diese Balance ist auch aus Sicht der MIT konstitutiv für die soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhardts.

Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft

Ich möchte nicht in eine wissenschaftliche Diskussion um die konkurrierenden volkswirtschaftlichen Ansätze der Neoklassiker und der Keynesianer verfallen, aber wir sollten aus meiner Sicht vorsichtig sein mit Begriffen, wie der Vollbeschäftigung. Dies aus zwei Gründen.

Politisch, taktisch erscheint mir die Suggestierung, man könne tatsächlich Vollbeschäftigung erreichen als schwierig. Zumal der Begriff der Vollbeschäftigung nicht definiert wird.

Und volkswirtschaftlich gesehen, widersprechen sich das Ziel einer sozialen Grundsicherung, der Solidarität, mit dem der Vollbeschäftigung.

Bedeutet doch Solidarität und der solidarische Ausgleich zwischen Stärkeren und Schwächeren immer einer staatliche Umverteilung zu Gunsten der Schwächeren. Diese Umverteilungen werden aus Steuern und Abgaben finanziert und diese bedingen einen Nettowohlfahrtsverlust, der ein Marktgleichgewicht verhindert.

Eine Räumung des Marktes indem sich Angebot und Nachfrage durch Justierung des Preises ausgleichen ist nicht mehr möglich. Aber das auf dem speziellen Markt der Arbeit wohl auch nicht das Ziel.

Auch wenn das so ist, scheint doch, der Kernansatz zu sein, dass die Staatsquote deutlich reduziert werden soll. Das begrüßen wir auch Sicht der Unternehmerinnen und Unternehmer außerordentlich.

Ich finde wenig zum Thema Innovationen.

Deutschland ist ohne Zweifel im internationalen Vergleich in einer Spitzenpositionen, wenn es um Forschung und Entwicklung geht. Wir investieren viel Geld in Grundlagenforschung, in Bildung und Ausbildung. Und Deutschland bringt viele innovative Technologien hervor.

Aber wenn es um die marktwirtschaftliche Verwertung dieser Erfindungen geht, haben wir ein strukturelles Problem.

Denken Sie nur an das Faxgerät, den LCD-Bildschirm oder den Transrapid. Wir, und das sollte viel stärker herausgearbeitet werden, müssen dafür sorgen, dass die

Arbeitsplätze aus diesen neuen Technologien in Deutschland entstehen, dass die Gewinne in Deutschland erzielt werden und dass die Steuern in Deutschland bleiben. Dies ist ein aus meiner Sicht ganz wichtiger Punkt gerade im Zusammenhang mit den durch die Globalisierung aufgegebenen vor uns liegenden Herausforderungen und Chancen.

Freiheit spielt völlig zu Recht eine sehr wichtige Rolle im Grundsatzprogramm.

Mehr Freiheit heißt, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer flexiblere Bedingungen für ihre Vertragsabschlüsse bekommen müssen, denn starre Tarifverträge sind in Zeiten von Globalisierung und demographischem Wandel Gift für den Arbeitsmarkt.

Wir brauchen mehr betriebliche Bündnisse für Arbeit auch im Mittelstand.

Die Gewerkschaften werden sich dem nicht entziehen können.

Mehr Freiheit heißt dann auch, dass wir das System der Unternehmensbesteuerung vereinfachen, um vor allem den Mittelstand zu entlasten. Eine solche Entlastung muss solide gegenfinanziert sein - und sie darf zu keiner Substanzbesteuerung der Unternehmen führen.

Wirtschaft und Arbeit

Ein wichtiges Ziel, das im Grundsatzprogramm formuliert wird, ist die Senkung der Arbeitslosigkeit. Dieses Ziel ist zweifelsfrei zum Wohle aller.

Völlig richtig wird festgestellt, dass es sich bei der in Deutschland vorherrschenden Arbeitslosigkeit um eine strukturelle Arbeitslosigkeit handelt.

(Wir haben keine Probleme mit friktioneller, saisonaler oder konjunktureller AL)

Eine Differenzierung dieser findet aber nicht statt.

Man unterscheidet nicht zwischen Technologischer Arbeitslosigkeit

(sie entsteht durch Automatisierung),

Merkmalsstruktureller Arbeitslosigkeit

(sie entsteht durch falsche Qualifikation)

und Institutionelle Arbeitslosigkeit

(Arbeitslosigkeit aufgrund arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen).

Die beiden erstgenannten Formen lassen sich durch Bildung und Ausbildung weitestgehend beheben.

Aus meiner Sicht ist die Kernaufgabe der Politik, die übrigens keine Arbeitsplätze, sondern nur die Rahmenbedingungen schaffen kann, die institutionelle Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Und dies kann durch eine Deregulierung des Arbeitsmarktes erreicht werden.

Ich möchte hierzu kurz ein Beispiel anführen:

Es erhöhten sich die Industriearbeiterlöhne (reale Arbeitskosten je Stunde) von 1982 bis 2002 in den USA um 4 %, in den Niederlanden um 20 % und in Westdeutschland einschließlich Westberlin um 38 %. Entsprechend stieg das geleistete Arbeitsvolumen im gleichen Zeitraum in den USA um 36 % und in den Niederlanden um 24 %, während es in Westdeutschland nicht stieg.

Damit plädiere ich nicht für amerikanische Verhältnisse, in keinsten Art und Weise, aber wenn wir im internationalen Vergleich bestehen wollen, führt an einer weiteren Öffnung des Arbeitsmarktes kein Weg vorbei.

Wir sollten uns zu Lösungsansätzen für das Problem der Arbeitslosigkeit bekennen.

Wollen wir Lohn-Rigiditäten abbauen?

Wollen wir Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen?

Wollen wir die Reduzierung von Arbeitsmarktregulierungen, wie dem Kündigungsschutz?

Wollen wir eine höhere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes?

Wollen wir das Abstandsgebot weiter ausbauen(Arbeit muss sich lohnen.)?

Mit Freude habe ich die Absätze zum Thema Energieversorgung und Landwirtschaft gelesen.

Ich begrüße außerordentlich das klare und ideologiefreie Bekenntnis zu einem vernünftigen Energiemix. Eine zielorientierte Mischung aus fossilen und regenerativen Verfahren zur Energiegewinnung unter Einbeziehung der Kernenergie das ist, wie auch das Bekenntnis zur grünen Gentechnik, eine eindeutige Aussage, die die Wirtschaft mit Freude zur Kenntnis nehmen wird.

Entbürokratisierung

Deutschland ist auch für zahlreiche Gesetze, Bürokratie und überbordende Vorschriften bekannt.

Zwar knapp formuliert, aber doch deutlich dargestellt, fordert das Grundsatzprogramm zur Entbürokratisierung auf. Dieses Anliegen ist seit langem eine der Kernforderungen der MIT.

Der Gesetzgeber muss die Notwendigkeit jeder Vorschrift prüfen und belegen. Es gilt der Grundsatz: Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen.

Wir können uns nur wünschen, dass die Politik, die Regierung die Kraft haben wird, dies umzusetzen.

Soziale Sicherungssysteme

Im Bereich der Sozialen Sicherungssysteme vermisse ich im Entwurf des Grundsatzprogramms eine gewisse Stringenz und Mut.

Es wird ausführlich über den demographischen Wandel geschrieben, die neuen Herausforderungen, aber zu tiefgreifenden Reformen in diesem Bereich kann man sich nicht durchringen.

Wir reden über Eigenverantwortung und Subsidiarität, aber was Pflege- und Rentenversicherung betrifft, hält man im Wesentlichen an den alten Systemen fest.

Bedeutet Freiheit nicht auch Verantwortung? Ist es gerecht und sozial, wenn die Gemeinschaft private, vermeidbare Risiken zum Beispiel bei Extremsportarten, Zigarettenkonsum und ähnlichem trägt? Ich meine nein.

Wir müssen uns dringend von umlagefinanzierten Systemen verabschieden, die durch steigende Fallzahlen auf der einen und weniger Beitragszahler auf der anderen Seite nicht mehr tragfähig sind.

So sehen wir das Prämienmodell in der Krankenversicherung durchaus positiv, aber bereits heute ist klar, dass die Beiträge für die Pflegeversicherung weiter steigen werden. Dies steht in klarem Widerspruch zur Senkung der Lohnzusatzkosten. Insofern fordern wir die Abkopplung der Pflegeversicherung vom Arbeitsverhältnis.

Ähnliches gilt auch für die Rentenversicherung. Auch hier sind Beitragssteigerungen bereits in Sicht. Es muss eine gesetzliche Grundsicherung geben, das ist gar keine Frage, aber der Anteil der privaten Vorsorge muss unausweichlich steigen um die Systeme finanzierbar zu halten.

Steuerpolitik

Im Bereich der Steuerpolitik hätte ich mir deutlich mehr Ansätze gewünscht.

Nur ganz vereinzelt finden sich im Programmentwurf Aussagen.

Steuern gehen jeden etwas an. Steuern stellen eine zentrale Einnahmequelle des Staates dar. Mit diesen Geldern nimmt der Staat seine Aufgaben wahr. Steuern sind aus meiner Sicht ein so wichtiges Thema, dass sich dieses deutlicher wiederfinden müsste.

Insbesondere würden wir uns wünschen, dass nach der Reform der Unternehmenssteuer auch ein Impuls für die lange überfällige Reform der Einkommenssteuer gegeben wird. Dies ist Standort- und Wirtschaftsfaktor zugleich.

Ich würde mir also zusammenfassend wünschen und dies gerne heute diskutieren:

- Die nicht selten unpräzisen Formulierungen konkretisiert werden.
- Dass man den Mut findet im Bereich der sozialen Sicherungssysteme neue, zukunftsfähige Modelle zu etablieren.
- Dass deutlicher formuliert wird, was tatsächlich die Herausforderungen an die politische Gestaltung sind, die sich aus den sehr detailliert beschriebenen Änderungen der Gesellschaft ergeben.
 - Dass insbesondere klarer herausgestellt wird, was meint man, wenn man von einer Chancengesellschaft spricht.
 - Was bedeutet eigentlich Subsidiarität für die CDU?
 - Was sind die Kernaufgaben des Staates?
 - Welche Reformen sind gemeint, wenn es um die Neuordnung der sozialen Marktwirtschaft geht?
- Und schließlich, dass, was im Grundsatzprogramm formuliert ist und hoffentlich auch beschlossen wird, sollte auch täglich von den verantwortlichen Politikern der CDU/CSU gelebt werden.